

Fortschreibung der Kooperationsvereinbarung zwischen der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Gelsenkirchen bis zum Jahr 2009

SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN werden die zwei Jahre bis zum Ende der Wahlperiode konsequent nutzen, um die erfolgreiche Kooperation fortzusetzen und auszubauen: Dabei gehen wir von folgenden Grundsätzen aus:

- Wir wollen vorhandene Strukturen der Stadt in ihrem Bestand sichern und die darin eingeschlossenen Entwicklungspotenziale fördern.
- Wir wollen gleichzeitig neue Zukunftsfelder erschließen.
- Wir wollen die grundlegenden Reformen und die Modernisierung von Verwaltung und Politik auf der Basis von „Neuer Steuerung“ und NKF weiter entwickeln.

Dabei sind die nachstehend formulierten **Leitgedanken** zentraler Bestandteil unseres gemeinsamen Politikverständnisses.

Wir wollen:

- Nachhaltigkeit im Sinne des Agenda 21- Gedankens praktizieren.
- Umwelt- und Klimaschutz in allen Bereichen stärken.
- Stadtentwicklungspolitik als intersektorale Klammer von Kommunalpolitik umsetzen.
- Arbeitsplätze schaffen und sichern.
- Bildung für Alle fördern.
- Tragfähige Strukturen im Jugend-, Sport- und Sozialbereich erhalten bzw. ausbauen.
- Die kulturelle Vielfalt Gelsenkirchens erhalten.
- Vorausschauend den demografischen Wandel berücksichtigen.
- Politische Gestaltungsspielräume durch verantwortungsbewusste und generationengerechte Haushaltspolitik erhalten.

Die finanziellen Rahmenbedingungen

Im Unterschied zu den ersten drei Jahren der Kooperation zeichnen sich deutliche Veränderungen der finanziellen Rahmenbedingungen ab. Wenn die vorliegenden Haushaltsdaten dauerhaft belastbar bleiben, werden wir im Zusammenhang mit dem Doppelhaushalt 2008/2009 die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes nicht mehr benötigen. Wir begreifen das Zusammenspiel zwischen der überaus positiven Entwicklung der Einnahmeseite und die beabsichtigte Begrenzung der Ausgabenseite als Chance, den Haushaltsausgleich für das Jahr 2012 zu erreichen. Dies bedeutet aber auch – neben einer strikten Ausgabendisziplin - dass wir wesentliche zentrale infrastrukturelle Notwendigkeiten (z. B. im Rahmen des Stadtumbaus) auf den Weg bringen und uns über ausgewählte soziale Projekte auf dem Hintergrund sozialräumlicher Analysen verständigen.

Nachfolgend sind die Handlungsfelder benannt, die wesentlicher Bestandteil der Fortschreibung der Kooperation von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN sind:

Den Stadtumbau steuern und voran bringen

- Das zentrale Projekt ist der **Stadtumbau**. Die bisherigen Stadtteilerneuerungsprogramme sind und waren für die Stadt, die immer noch im Strukturwandel steckt, von herausragender Bedeutung. Insbesondere das fast abgeschlossene Projekt Bismarck/Schalke-Nord zeigt deutliche

Erfolge, die zu einer nachhaltigen und sich selbst tragenden Entwicklung führen. Gelsenkirchen verfügt mittlerweile über kleinteilige sozialräumliche Analyseverfahren und Daten, die die Einbeziehung weiterer Stadtteile begründen. Deshalb soll die Verwaltung Finanzierungs- und Handlungsansätze entwickeln, um diese überaus wichtigen Infrastrukturprojekte zu realisieren. Die zu gründende Stadtentwicklungsgesellschaft kann diesen Gesamtprozess verantwortlich steuern.

- Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung, des Bevölkerungsrückgangs und der Zunahme der Menschen mit Migrationshintergrund sowie der vielfältigen sozialen Probleme einhergehend mit hoher Arbeitslosigkeit sind die Stadtteilprojekte über den städtebaulichen-infrastrukturellen Bereich hinaus umfassend in dem Sinne anzulegen, dass sie intersektorale Netzwerke schaffen, die dazu beitragen sollen, Arbeits- und Kommunikationsstrukturen zu schaffen, um Stück für Stück die Lebensqualität für die Menschen in unserer Stadt weiter zu entwickeln. Hier setzen wir auch auf ein hohes Maß an bürgerschaftlichem Engagement in den Stadtquartieren und setzen darauf, dass viele Projekte modellhaft aufgelegt werden, um Transferwissen zu anderen Handlungsfeldern zu gewinnen.
- Die Finanzierungsmöglichkeiten für diese Projekte müssen weiterentwickelt werden. Es bestehen nach wie vor große Probleme, die notwendigen Eigenanteile teilweise in Konkurrenz zu den „normalen“ infrastrukturellen Investitionen zu tätigen. Deshalb setzen wir auf die Bereitstellung von EU-Mitteln, sowie eine Verringerung des Eigenanteils. Dies ist auch volkswirtschaftlich sinnvoll, denn es gibt immer positive Folgewirkungen dieser Investitionen. Auch in diesem Kontext der Akquirierung von Finanzmitteln kann die Stadtentwicklungsgesellschaft positive Akzente setzen.

Norderweiterung des Chemiestandorts Scholven

- Für die SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN sind Arbeit und Umwelt zwei wichtige gleichrangige Aspekte. Nach Abwägung aller Umweltbedenken treten wir weiterhin geschlossen und verlässlich für diese wichtige industriepolitische Entscheidung ein, die planerischen Voraussetzungen für die Erweiterung des Chemiestandortes (Norderweiterung) zu schaffen. Dafür ist die Verabschiedung des Flächennutzungsplans und des Landschaftsplans im Rat die gemeinsame Basis.
Es geht dabei um über 2.500 Arbeitsplätze, die erhalten und um viele weitere, die direkt und indirekt geschaffen werden können. Dies sehen wir im Zusammenhang mit den schon im Rahmen der bestehenden Kooperationsvereinbarung zwischen den Partnern vereinbarten Arbeitsansätzen zur Stärkung der Gelsenkirchener Kompetenzfelder, wie der Chemie.
- Die Norderweiterung stellt einen immensen Eingriff in das Gelsenkirchener Öko-System dar, der kaum ausgleichbar ist. Zur möglichst umweltgerechten Verwertung der Flächen für eine mögliche Norderweiterung vereinbaren die Kooperationspartner daher für die konkrete Ausgestaltung der Nutzung im Rahmen der notwendigen Bebauungspläne, die erst nach einer konkreten Investitionsentscheidung aufgestellt werden:
 - In einem gemeinsamen Antrag für die Ratssitzung am 25. Oktober wird die Verwaltung beauftragt, in Gesprächen mit der BP zu erreichen, dass die Fläche für die Norderweiterung vorrangig von der Ostfläche her entwickelt wird.
 - Angestrebt wird die Ausweisung einer gleich großen zusammenhängenden Fläche als Naturschutzgebiet, zusätzlich zur Flächenentwicklung in Horst. Falls sich dies als unmöglich heraus stellen sollte, wird die Entwicklung und Sicherung solcher Flächen in insgesamt gleicher Größe zeitgleich mit der Bebauungsplanung zur verbindlichen Zielperspektive der Kooperationspartner.

- Weiterhin werden Kriterien zur Erarbeitung und Fest-/Fortschreibung der gesamtstädtischen Prozentanteile von Freiflächen und entsiegelten Flächen entwickelt. 2008 wird ein gesamtstädtisches Entsiegelungskonzept in Auftrag gegeben. Entsprechende Haushaltsmittel werden im Rahmen der Haushaltsberatungen eingestellt.
Unabhängig vom Konkretheitsgrad dieses Entsiegelungskonzepts ist zeitgleich mit dem Satzungsbeschluss über einen Bebauungsplan, der die Beanspruchung der landwirtschaftlich genutzten Fläche für die „große Lösung“ zur Bebauung des **Geländes der Kinderklinik** vorsieht, eine beschlussfähige Vorlage über die Entsiegelung einer gleich großen bzw. mehrerer zusammen gleich großer Flächen vorzulegen, die nachfolgend ökologisch aufgewertet werden. Dies erfolgt unabhängig von klassischen Kompensationsverpflichtungen im Zuge der Bauleitplanung.

Förderung der Solarenergie in Gelsenkirchen (18-Punkte-Plan)

- Die Prüfergebnisse aus dem gemeinsamen Antrag „18 Punkte zur weiteren Förderung und zum Ausbau der Solarenergie in Gelsenkirchen“ (am 10. Mai 2007 im Umweltausschuss beschlossen) werden innerhalb der nächsten sechs Monate vorgelegt und zeitnah umgesetzt.

Einführung der Biotonne

- Der von den Kooperationspartnern eingeforderte - nun aktuell vorliegende - umfassende Bericht von Gelsendienst zur flächendeckenden Einführung der Biotonne in Gelsenkirchen zeigt verschiedene Möglichkeiten der Umsetzung auf.
- Als einen ersten Schritt vereinbaren die Kooperationspartner für das Jahr 2008 die probeweise Einführung der Biotonne im Rahmen eines Pilotprojekts. Hierzu wird in fünf, mindestens jedoch in mehreren repräsentativen Stadtteilen, eine 18-monatige Probephase durchgeführt. Ziel ist es zu aussagekräftigen Ergebnissen hinsichtlich der gesammelten Mengen und der Verwertung der Bioabfälle zu kommen. In der Probephase wird die Biotonne auf freiwilliger Basis eingeführt und soll für die Nutzer kostenneutral sein. Eine Werbekampagne bereitet die Einführung vor und begleitet sie.
- Als zweiter Schritt wird bei der Verwertung der Bio-Abfälle neben der verstärkten Kooperation mit Nachbarstädten auch die Errichtung einer eigenen Biogas-Anlage unter Mengen-, Transport- und Kostenaspekten geprüft.

Des Weiteren werden bei den folgenden Themenschwerpunkten für die Arbeit bis zur Kommunalwahl 2009 gemeinsame Positionen vertreten bzw. noch entwickelt:

Weitere Stadtentwicklung:

- Die Streichung der im Landesentwicklungsplan noch als Kraftwerksstandort vorgesehenen Fläche in Heßler wird forciert. Im Rahmen des regionalen Flächennutzungsplans wird die Fläche für eine besondere, hochwertige gewerbliche Nutzung ausgewiesen. Im konkreten Bebauungsverfahren muss nachgewiesen werden, dass durch die Bebauung keine Beeinträchtigung der Frischluftschneisenfunktion entsteht.
- Auf Grund der demografischen Entwicklung werden wir die Erstellung von Konzepten einfordern, die den Rückbau von Mietwohnungen ebenso einbezieht wie die Modernisierung von Altbauwohnungen und den moderaten Ausbau von Eigenheimen.
- Die **GGW** als wichtiges Instrument der städtischen Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik muss finanziell so aufgestellt sein, dass sie ihren Aufgaben nachkommen kann. Dafür kann es auch notwendig sein, sich von nicht rentablen Objekten, unter Wahrung der sozialen Ver-

pflichtungen gegenüber den Mietern (Sozialcharta), zu trennen. Über die konkrete Umsetzung jeder einzelnen Maßnahme entscheiden die Kooperationspartner im Vorfeld.

- Für die zukünftige Nutzung des Geländes der **Kinderklinik** gehen wir von der Verwertung des Grundstücks und der Nebenflächen für eine hochwertige Wohnbebauung aus. Im Rahmen der zu erstellenden Bebauungspläne werden ökologische Gesichtspunkte (bezogen auf die Bauweise und das Baugebiet) besonders berücksichtigt und es wird zuerst die jetzt schon versiegelte Fläche bebaut. Bei der Bebauung der jetzt landwirtschaftlich genutzten Fläche wird auf die Vereinbarung auf Seite 3 verwiesen.

Aus den Erlösen für das Gelände wird neben dem Neubau der Kinderklinik auch die Stadtentwicklungsgesellschaft finanziell abgesichert, damit weitere Projekte im Rahmen der nachhaltigen Stadtentwicklung verwirklicht werden können. Die weitere Entwicklung der Stadtentwicklungsgesellschaft wird dabei von beiden Fraktionen positiv begleitet.

- Im Gegenzug wird Folgendes beschlossen:
 - Die ehemalige Bergbauberufsschule Erdbrüggenstraße wird niedergelegt und der Bereich wird entsiegelt.
 - 30 ha des ehemaligen Kokereigeländes (Hasseler Bogen) werden umgewidmet in Grünfläche/Grünzug.
 - Die Grabeländer Hoffeldstrasse werden im Bestand gesichert.
 - Der ehemalige Spielplatz Wittekindstraße wird mittelfristig nicht bebaut.
 - Die gewünschte Ortserweiterung Polsum – 5 ha Ackerfläche - wird nicht umgesetzt.
 - Die Sonderfläche Sutumer Feld wird zurückgestellt.
 - Die Baumaßnahme Lange Straße wird nicht weiter verfolgt.

Alle anderen Punkte stehen unter dem oben angesprochenen Finanzierungsvorbehalt und werden – evtl. zusammen mit anderen Projekten - in eine Prioritätenliste einfließen. Diese Entscheidungen werden zeitnah getroffen.

Kultur

Die nachfolgenden Ziele aus dem Kulturbereich werden gemeinsam verfolgt:

- Die erforderlich werdende Stellenbesetzung im Referat Kultur soll mit einem Kulturwirtschaftler erfolgen.
- Kulturelle Aspekte sollen bei der Planung des Bereichs zwischen Heinrich-König-Platz und MiR eine besondere Rolle spielen.
- Die langfristige Absicherung der Arbeit des Consol-Theaters ist Ziel der Kooperationspartner
- Die Arbeit der „Flora“ soll abgesichert werden. Nach der Fertigstellung des Hans-Sachs-Hauses soll das Gebäude nur noch für Zwecke der Kultur und Kulturverwaltung genutzt werden. Andere Nutzungen sind dementsprechend zeitlich zu befristen.
- Die Aufwertung der Buerschen Kulturzone um Museum und Schauburg wird gemeinsam vorangetrieben.

Kinder und Jugend

- Sukzessive Ausweitung des Ganztagsbereiches auf die Klassen 5 und 6 (entsprechende Finanzierungsmodelle des Landes vorausgesetzt).
- Entwicklung eines Gesamtkonzepts der Offenen Jugendarbeit, mit Schwerpunkten Migration und Gender, mit Mobiler Arbeit und Streetwork im Rahmen des Kinder- und Jugendförderplans
- Entwicklung eines Masterplans Jugend und Integration für Gelsenkirchen.

- SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN gehen davon aus, dass in Gelsenkirchen eine möglichst wohnortnahe Versorgung der drei- bis sechsjährigen Kinder gesichert wird – dies gilt auch bei einem zu erwartenden Rückzug freier Träger.
- GeKiTa wird von uns als die organisatorische Einheit begriffen, die das Angebot und die Betreuung von unter Dreijährigen zügig ausbaut. Die dafür notwendigen Mittel müssen über den kommunalen Haushalt bereitgestellt werden. In den nächsten Jahren wird dadurch die Bedarfslücke immer weiter geschlossen.
- Wir unterstützen das Vorhaben der Verwaltung, Familienzentren in allen Stadtteilen zu schaffen.

Gesundheit

- Sicherung der psychosozialen Einrichtungen durch eine ausreichende Förderung, die die konkrete Trägersituation berücksichtigt und neben der Förderung von Fachleistungsstunden auch die Förderung durch einen Sockelbetrag vorsehen kann.
- Sicherung des Präventions- und Therapie-Zentrums (PTZ) beim Nienhof.
- Fortsetzung der Finanzierung der zwei Streetworker-Stellen im Suchtbereich mit Prüfung einer Überarbeitung des Konzepts.
- Sicherung und Ausbau der AIDS-Beratung, v.a. der Prävention in den Schulen.

Soziales

- An der Entwicklung und Umsetzung einer räumlichen und konzeptionellen Ersatzlösung für die Unterbringung und Betreuung der im Caub-Bunker untergebrachten Personen mit dem Ziel der Schließung des Caub-Bunkers wird festgehalten. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Bericht zu konzeptionellen Überlegungen und einen Zeitplan zur Umsetzung vorzulegen.

Verkehr

- Straßenbaumaßnahmen zur Entlastung von Wohngebieten, sowie der Bau von Verbindungsstraßen werden - nach erfolgter Abstimmung im Einzelfall - gemeinsam getragen. Die Sanierung und Instandhaltung der Straßen im Stadtgebiet, wie zum Beispiel der Horster Straße, hat dabei Vorrang.
- Aus finanz-, verkehrs- und umweltpolitischen Gründen wird auf große neue Straßenbauprojekte, wie z.B. die Umfahrung Rotthausen, die Verlängerung der Willy-Brandt-Allee und die Umfahrung Schaffrath, verzichtet.

Sonstiges

- Die Kooperationspartner werden die Arbeit des Kommunalen Ordnungsdienstes im Rahmen der Kooperation der Ordnungspartner gemeinsam bewerten und den weiteren Ausbau dieses Dienstes im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten und der ordnungspolitischen Notwendigkeiten unterstützen.

Gelsenkirchen im Oktober 2007